

Kolumne : coole Partei für kalte Zeiten?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **91 (1997)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Cooler Partei für kalte Zeiten?

«Ihr kritisiert nur den <Stil>, dabei geht es um die Inhalte; die sind richtig, was wollt Ihr also? Was mäkelst Ihr immer an den <Methoden> herum; Hauptsache ist das, was gemacht wird. Und der <Erfolg> ist doch da, was wollt Ihr mehr? Ihr diskutiert so viel über den <Weg> und sprecht von <Prozessen>, aber entscheidend ist doch, was herauskommt. Ihr mit Eurer <Moralisierung>, macht etwas wie die Macher und kommt nicht immer mit Euren <Werten>!»

Es geht um mehr als Güterverteilung

Wer in den vergangenen Monaten innerhalb und ausserhalb des Bundeshauses, den weithin hörbaren Ton der *Spitze der SP* kritisiert hat, bekam solche Einwände zu hören. Wenn überhaupt die Bereitschaft zur Diskussion bestand. Und sofern sich diese nicht auf Pauschalurteilungen beschränkte, wonach solche Konflikte bloss «Machtkämpfe» seien und es im übrigen schon immer «Traditionalisten» und «Modernisierer» gegeben habe.

Doch es geht um Fragen, deren Tragweite und Bedeutung von manchen unterschätzt werden, sei es, weil sich ihnen die Hintergründe verschliessen, sei es, weil sich die Unzulänglichkeit dieser Politik erst längerfristig zeigt und ihr Flurschaden nicht sofort deutlich wird. Etwa so wie Beschädigungen der Seele auch beim einzelnen Menschen oft erst später sich auswirken, aber dafür umso *nachhaltigere Folgen* haben.

Ist ein überholter «*Traditionalist*», wer immer noch behauptet, linke Politik messe sich immer auch am *Weg*, den sie geht, und nicht nur am *Ziel* oder gar an einigen kleinen Zwischentritten, die auf allen, auch unmöglichen Wegen erreicht werden dürfen? Entspringt die These, wonach gerade

Linke Form und Inhalt nicht einfach trennen können, einer veralteten Ästhetik? Und ist etwa ein Traditionalist, wer den Anspruch für eine SP nicht aufgeben will, die in der politischen Praxis immer auch möglichst viel von dem vorwegnehmen muss, das sie mittels politischer Reformen für die ganze Gesellschaft erreichen will?

Oder gilt es einfach als schick, in kalten Zeiten cool zu bleiben? Doch ist so *mehr Wärme* zu schaffen? Und kann eine coole Partei in kalten Zeiten für jene anziehend wirken, die Wärme suchen und bereit sind, Wärme zu geben?

Mehr *Menschlichkeit* ist auf Wegen und Pfaden, die auf die Menschen keine Rücksicht nehmen, nicht zu erreichen. Und weil mehr Menschlichkeit nicht nur eine Frage der Verteilung der Güter ist, sondern Ausdruck davon, wie die Menschen miteinander umgehen, kann mehr Menschlichkeit nur *mit* den Menschen und *durch* sie verwirklicht werden.

Solche Fragen führen mich zu *politischen Handlungsmaximen*, die nicht nur für verantwortungsbewusst Aktive einer linken Partei gelten, aber ganz besonders für sie:

Ein unsolidarischer Umgang verträgt sich nicht mit dem gesellschaftlichen Ziel «*mehr Solidarität*». Wer eine Gesellschaft anstrebt, in der mehr Menschen auf mehr Menschen Rücksicht nehmen können, sollte selber tagtäglich möglichst viel Rücksicht gelten lassen. Wir müssen in unserer Praxis und im täglichen Bild, das wir von uns abgeben, mehr sein als ein Abbild der brutalen Realität, zumindest ein kleiner Vorschein von dem, was werden sollte, wenn wir gestaltungskräftiger würden.

Linke Fortschritte lassen sich nur beschränkt *für* die Menschen erreichen; viel erfolgversprechender ist der Weg, es nicht

nur für sie, sondern auch *mit* ihnen zu versuchen. Denn erstens ist es gefährlich, wenn wir für andere zu wissen beanspruchen, was gut oder schlecht für sie ist; am besten herausfinden können wir es, indem wir uns mit möglichst vielen von ihnen darüber zu verständigen suchen, uns mit ihnen gemeinsam auf den Weg machen.

Und schliesslich kann sich der linke Fortschritt nicht auf ein besseres politisches Konsumangebot beschränken: Echte linke Fortschritte sind vor allem in der Masse zu verwirklichen, als es uns gelingt, Menschen zum Mitwirken, zum Mitdenken und zum eigenen Handeln zu bewegen. In dem Sinne sind linke Fortschritte eben tatsächlich nur als *gemeinsame, kollektive Lernprozesse* denkbar.

«Vernichtende Erfolge»?

Vor diesem Hintergrund wird es möglicherweise auch für Aussenstehende deutlicher, weshalb nicht hingegenommen werden darf, wenn der Parteipräsident Fraktionsmitglieder mit einer anderen Meinung und Einschätzung als Versager abqualifiziert. So geschehen gegenüber der Vertreterin und dem Vertreter der SP in der *Parlamentarischen Untersuchungskommission* betr. die Eidgenössische Versicherungskasse. Es geht nicht um die Markierung einer anderen Überzeugung, sondern um die Infragestellung persönlicher Integrität. Der sozialdemokratische Zweck kann unsoziale Mittel nie heiligen; kurzfristig inszenierte mediale Effekte hin oder her.

Bei den Avancen des SP-Präsidenten in Wien für ein *Verkehrsabkommen mit der EU*, das die Alpeninitiative ernst nimmt, ist weder dieses Bemühen um eine eigene «Aussenpolitik» das Problem – diese ist längst zur europäischen Innenpolitik geworden –, sondern die Rücksichtslosigkeit, mit der dies geschah. Dass der eigene Bundesrat davon betroffen war, hat den menschlichen Fehler bloss um eine staatspolitische Dimension erweitert. Das Entscheidende aber ist: Mehr Rücksicht auf die Natur setzt auch mehr Rücksicht auf die Menschen voraus; wer solche Rücksicht

für die Zukunft anstrebt, muss sie bereits heute mit mehr Umsicht deutlich machen.

Dass dies weit mehr ist als «bloss» eine Frage des Stils oder der Moral macht ein anderer aktueller Hinweis deutlich: Das Zustandekommen der zweiten Volksinitiative der SPS zur *Halbierung der Militärausgaben* droht nicht nur wegen thematischer Schwierigkeiten und der Krise der Friedensbewegung zu scheitern. Es ist heute alles andere als gewiss, dass Ende März die notwendigen 100 000 Unterschriften eingereicht werden können, weil der SPS im Vorfeld der Lancierung dieser Volksinitiative im Sommer 1995 – kurz vor den Parlamentswahlen – die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die zu aktivierenden Menschen nicht bewusst war.

Denn das *Zustandekommen einer Volksinitiative* hängt auch heute – allen Fragen des Geldes, der Arena-Öffentlichkeit oder des Internet zum Trotz – primär immer noch davon ab, wieviele Menschen zum Sammeln von Unterschriften motiviert werden können. Diese Motivation lässt sich nicht einfach verordnen. Sie bedarf im Normalfall vielmehr einer intensiven *Verständigungsarbeit*, eines rücksichtsvollen Umgangs mit dem oft prekären Zeit- und Gefühlsbudget der Menschen, die immer noch und trotz allem zu handeln bereit sind. Daran hat es die SPS-Spitze nicht nur im Sommer 95 sträflich fehlen lassen, was sich heute auch ganz realpolitisch im Schicksal einer ihr zumindest offiziell wichtigen Volksinitiative niederschlägt.

Nicht nur dies zeigt, dass der Umgang mit den Menschen in unserer politischen Alltagspraxis mehr ist als eine Frage des Stils oder der Moral. Es ist gerade die *Diktatur des Marktes* und der ökonomischen (Un-)Vernunft, welche immer mehr Menschen zu Objekten degradiert. Wenn die Sozialdemokratie sich dieser Tendenz nicht nur nicht widersetzt, sondern sie gar noch reproduziert, so könnte sie nicht mehr nur wie in der Vergangenheit einige «erfolgreiche Niederlagen» erleben, sondern würde jetzt auch zum ersten Mal mit «vernichtenden Erfolgen» konfrontiert werden.

Andreas Gross